

Gemeinde Lohfelden Klimaschutzbeirat

Herrn
Timon Gremmels, MdB
Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin

www.lohfelden.de

Klimaschutzbeirat

Wolfram Dawin
Vorsitzender

☎ 05608/4226
✉ klimaschutzbeirat@lohfelden.de

17. August 2022

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Gremmels,

der Klimaschutzbeirat Lohfelden setzt sich für Maßnahmen ein, die dem Klimaschutz dienen und am Ende zur Erreichung des Zieles Klimaneutralität 2030 führen sollen.

Der Gemeinde Lohfelden stehen für diese Maßnahmen nur begrenzte Mittel zur Verfügung.

Es gibt aber beträchtliche Ersparnisse in privater Hand, die bei drastischer Geldentwertung nur mit einem geringen Zinssatz verzinst werden. Der Arbeitskreis Energie des Klimaschutzbeirates möchte Bürger*innen motivieren, dieses Geld in erneuerbare Energien zu investieren.

Dazu brauchen die Bürgerinnen und Bürger ein Konzept, das praktikabel und rentabel ist.

Derzeit ist es verboten, selbst erzeugten Strom über die Grundstücksgrenze an Nachbarn zu verkaufen. Würde dieses Verbot aufgehoben, könnte das deutschlandweit eine große Welle von Investitionen aus privater Hand in erneuerbare Energien auslösen, was die für den Klimaschutz notwendige Energiewende voran bringen würde.

Überdies hätten Bürgerinnen und Bürger so die Möglichkeit, sich in unsicheren Zeiten ihre Altersversorgung sehr ertragreich zu ergänzen, ihren eigenen Energiebedarf zu verbilligen und zur Energiesicherheit beizutragen.

Weiterhin wäre diese Maßnahme ein Schritt zur dezentralen Stromversorgung in Bürgerhand, der die Wirtschaft beleben würde und weniger hässliche und teure Stromleitungen benötigte.

Obwohl also viele gute Gründe für eine Beseitigung des Verbots von Stromverkauf über die Grundstücksgrenze sprechen, und die EU-Mitgliedsstaaten gemäß der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU vom 11. Dezember 2018 bis zum 30. Juni 2021 diese Hürde hätten beseitigen müssen, verzögert sich die Entscheidung darüber in Deutschland in unerträglicher Weise.

Flüssiggasterminals für teures, die Umwelt und das Klima schädigendes Fracking-Gas werden unter schneller Beseitigung der Hindernisse ermöglicht, und Kohleverstromung wird reaktiviert. Leicht mögliche Investitionen aus privater Hand in Sonnenenergie aber werden weiterhin ausgebremst.

Die einzige Erklärung für diese uns unbegreifliche Vorgehensweise ist, dass die Konzerninteressen der Strom- und Gasversorger offensichtlich einen größeren Einfluss auf die Politik haben als das Gemeinwohl.

Wir bitten Sie, der Sie mit diesen Fragen im Bundestag befasst sind:

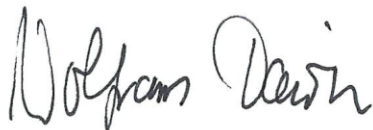
- Nutzen Sie bitte Ihren Einfluss, um den Bürger*innen den Verkauf von selbst erzeugtem Strom an Nachbarn und Mieter zu ermöglichen.
- Informieren Sie uns bitte, wann Bürger*innen mit der Beseitigung der rechtlichen und bürokratischen Hürden rechnen können, damit sie Planungssicherheit bei ihren Investitionen in PV-Anlagen haben.

Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger in Lohfelden motivieren, sich für PV-Anlagen mit Speichern für ihren Strombedarf, für ihre E-Autos, ihre Mieter und für ihre Nachbarn auf ihren Dächern zu entscheiden als gleichermaßen ökonomisch und ökologisch sinnvolle Investition.

Gerne würden wir dann auch in Lohfelden zu einer Informationsveranstaltung mit Ihnen einladen.

Dieses Schreiben wurde der örtlichen Presse wie auch dem Mitteilungsblatt „blickpunkt lohfelden“ der Gemeinde Lohfelden zur Verfügung gestellt.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfram Dawin
Vorsitzender Klimaschutzbeirat



Uwe Jäger
Bürgermeister